

Kinder- und Menschenhandel – Ursachen, Folgen, Prävention

Unsichtbare Ausbeutung

Menschenhandel ist ein globales Phänomen, von dem besonders Frauen und Kinder betroffen sind. Die Opfer sind Ausbeutung, systematischem Missbrauch und Gewalt ausgeliefert. Weltweit haben viele Regierungen polizeiliche und rechtliche Maßnahmen ergriffen, um gegen diese schweren Verbrechen vorzugehen. Doch extreme Armut, zerrüttete Familien und Diskriminierung – zum Beispiel von ethnischen Minderheiten, unzureichende staatliche Strukturen und Korruption machen es kriminellen Banden leicht, neue Opfer zu finden. Sie bedienen die große Nachfrage nach billigen Arbeitskräften und nach „sexuellen Dienstleistungen“. Gerade in osteuropäischen Ländern wie Rumänien, die sich in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise befinden, sind Kinder und Frauen besonders gefährdet. Dies zeigt der ARD-Fernsehfilm „Operation Zucker“ eindrücklich.

Der Kampf gegen Kinder- und Menschenhandel muss auf verschiedenen Ebenen geführt werden – mit polizeilichen, rechtlichen und politischen Mitteln. Polizei und Behörden müssen über Landesgrenzen hinweg eng zusammenarbeiten. Opfer brauchen Schutz und Unterstützung. Gleichzeitig müssen die tiefer liegenden Ursachen von Missbrauch und Ausbeutung angegangen werden. UNICEF setzt in seiner Programmarbeit vor allem auf Prävention – mit Bildungs-, Aufklärungs- und Kinderschutzprogrammen, die gezielt auf die am meisten gefährdeten Kinder und Jugendlichen ausgerichtet sind.

1. Globale Dimension

Weltweit gibt es Millionen Opfer von Kinder- und Menschenhandel. Trotz intensiver Forschung ist aber eine verlässliche Schätzung über die genaue Zahl nicht möglich, da die Verbrechen im Verborgenen stattfinden und die Opfer oftmals auch nicht als solche erkannt werden. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung veröffentlichte im Dezember 2012 die neuesten offiziellen Fakten aus 132 Staaten.

- Die Auswertung der in den Jahren 2007 bis 2010 weltweit offiziell entdeckten Fälle von Menschenhandel dokumentieren einen besorgniserregenden Trend: 27 Prozent der Opfer waren Kinder und Jugendliche; zwei Drittel davon Mädchen. In den Jahren 2003 bis 2006 lag der Anteil der betroffenen Kinder und Jugendlichen noch bei 20 Prozent.
- Die meisten minderjährigen Opfer wurden in Afrika, dem Nahen Osten sowie Südasien und der Pazifikregion gefunden. In Europa lag der Anteil der registrierten minderjährigen Opfer bei 16 Prozent.
- Mädchen und Frauen zusammengenommen machen drei Viertel aller weltweiten Opfer des Menschenhandels aus. Jungen kommen auf etwa zehn Prozent; Männer auf 14 Prozent. Die häufigsten Formen der Ausbeutung sind Zwangsprostitution (58 Prozent) und

Zwangsarbeit (36 Prozent). Hinzu kommen Betteln und die Ausbeutung als Dienstmädchen oder Hausjungen. Der höchste Anteil von kommerzieller sexueller Ausbeutung wurde in Europa und Zentralasien (62 Prozent) sowie auf dem amerikanischen Kontinent (51 Prozent) entdeckt.

- Die Europäische Kommission schätzt die Profite krimineller Netzwerke aus Menschenhandel weltweit auf über 25 Milliarden Euro im Jahr.
- Nach OSZE-Schätzungen werden jährlich zwischen 120.000 und 500.000 Frauen von Mittel- und Osteuropa nach Westeuropa gebracht und häufig zur Prostitution gezwungen. Seit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur Europäischen Union hat sich das Problem laut EU-Angaben verschärft.
- Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat in einigen Staaten Osteuropas zu drastischen Einschnitten bei der Bildung und in den sozialen Sicherungssystemen geführt. Viele Familien verarmen, Kinder gehen nicht zur Schule und wachsen ohne ihre Eltern auf, da diese im Ausland arbeiten.

2. Was ist Kinder- und Menschenhandel?

Die internationale Gemeinschaft hat sich im Jahr 2000 mit dem so genannten „Palermo-Protokoll“ der Vereinten Nationen auf eine gemeinsame Definition für Kinder- und Menschenhandel verständigt. Das Deutsche Institut für Menschenrechte fasst die wesentlichen Punkte knapp zusammen. Danach besteht der Tatbestand des Menschenhandels aus drei Elementen:

- **Einer objektiven Tathandlung** („die Anwerbung, Beförderung, Verbringung, Beherbergung oder den Empfang von Personen“); dabei ist es nicht erforderlich, dass Landesgrenzen überquert werden;
- **dem Tatmittel**, das heißt dem Einsatz von Zwangs- oder Täuschungsmitteln („durch Entführung, Betrug, Täuschung, Missbrauch von Macht oder Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit oder durch Gewährung oder Entgegennahme von Zahlungen oder Vorteilen zur Erlangung des Einverständnisses einer Person, die Gewalt über eine andere Person hat“);
- **und dem ausbeuterischen Zweck der Handlung** („Ausnutzung der Prostitution anderer oder andere Formen sexueller Ausbeutung, Zwangsarbeit oder Zwangsdienstbarkeit, Sklaverei oder sklavenähnliche Praktiken, Leibeigenschaft oder die Entnahme von Körperorganen“).

Von Kinderhandel spricht man dann, wenn die Opfer Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre sind. Diese Grundzüge spiegeln sich in Gesetzgebung und Politik von Europarat und der Europäischen Union wieder. Viele Länder haben sie in ihre nationale Gesetzgebung aufgenommen. Deutschland arbeitet zurzeit an der Umsetzung einer entsprechenden EU-Richtlinie.

Falsche Versprechen auf ein besseres Leben

Unter den Begriff „Kinderhandel“ fallen in der internationalen Diskussion verschiedene Formen der Ausbeutung von Kindern: Kinder werden als Arbeitsklaven verkauft, zur Prostitution gezwungen oder gegen Geld unter Umgehung rechtlicher Vorschriften an adoptionswillige Paare vermittelt. Auch der kriminelle Organhandel zählt dazu. Gemeinsam ist: Die Täter machen sich die Armut und Perspektivlosigkeit der Menschen zunutze, um sie zum Beispiel mit falschen Versprechungen über Ausbildungs-, Arbeits- oder Heiratsmöglichkeiten anzuwerben.

Die Opfer kommen meist aus Ländern und Regionen, die von Armut oder wirtschaftlichem Abschwung geprägt sind. Häufig tritt jemand aus der Nachbarschaft oder manchmal sogar ein Familienmitglied als Vermittler auf, macht Versprechungen und zahlt vielleicht sogar einen Vorschuss. Die Eltern und Verwandten wissen oft nichts über die Gefahren. Sie hoffen

auf ein besseres Leben, auf die Chance, dass die Kinder oder Jugendlichen im Ausland zur Schule gehen und Geld verdienen können. In Osteuropa sind auch viele Frauen am Kinder- und Menschenhandel beteiligt.

Anas Geschichte

Ana* ist 15 Jahre alt und hat traurige Augen. Sie lebt in Rumänien. Es kostet sie Überwindung zu beschreiben, wie sie bereits als 14-Jährige in Spanien "Karriere gemacht" hat. Warum ist Ana von zu Hause weggelaufen? War es die Familie? "Na ja, eigentlich war ich es. Meine Eltern haben ständig gestritten, und ich dachte, es sei meinerwegen. Irgendwann habe ich es nicht mehr ausgehalten und bin abgehauen. Aber nicht ganz. Ich bin erst mal für ein paar Tage zu meiner Großmutter gegangen und dann wieder nach Hause. Sie hatten mich nicht gesucht. Sie schimpften und schlugen mich, aber ich hoffte, sie würden endlich aufhören zu streiten. Am nächsten Tag bin ich wieder weggelaufen – und nicht mehr zurückgekehrt. Ich wusste, dass meine Eltern gar nicht erst nach mir suchen würden."

Es war Sommer und Ana konnte auch draußen übernachten. Doch vier Monate später begann sie, sich nach Hilfe umzuschauen. "Ich traf eine Frau, die mich mit nach Hause nahm. Ich habe mich gar nicht gefragt, ob sie vertrauenswürdig war oder nicht. Ich war einfach froh, dass ich nicht mehr auf der Straße leben musste. Die Frau war eine Mädchenhändlerin. Ich hatte damals keine Ahnung, was das heißt. Und sechs Monate später nahm sie mich auch schon mit zum Arbeiten. Es ist ein Beruf, der dich zwingt, deinen Willen den Wünschen des Kunden zu beugen. Und man kann dem nie Genüge leisten." Schmerz und Scham zeigen sich im Gesicht der 15-Jährigen. Doch sie will unbedingt weiterreden.

"Anfangs trank ich und nahm Drogen. Ich wollte ja nicht wissen, was mir geschah." Es blieb nicht bei dem Aufenthalt in Spanien. Sie wurde in die Türkei verschleppt, eingesperrt, geschlagen – und jede Nacht begann der Albtraum wieder aufs Neue. Bis ihr die Flucht gelang.

Hatte Ana Angst, zu Hause verurteilt zu werden? "Es ist mir egal, was die Leute über mich sagen. Ich schäme mich nicht", sagt sie tapfer. "Eigentlich ist es nicht so schwierig für mich, darüber zu sprechen, aber die Einzelheiten... Das, was ich jeden Tag ertragen musste, war sehr schwierig für ein Kind."

Ana hat Unterschlupf in einem Mädchenwohnheim des Vereins "Reaching Out" gefunden, das auch von UNICEF Unterstützung erhalten hat. Hier kümmern sich Sozialarbeiter um sie und Ana kann eine Ausbildung machen. Jedes Mädchen hier hat sein eigenes, bunt bemaltes Zimmer, die Bettdecken und Vorhänge sind selbst genäht. Der Ort ist ein Zuhause für die Mädchen – und für Ana ein Ort, an dem sie nach ihrer verlorenen Kindheit sucht: Ihr Zimmer ist voller Spielsachen, Puppen und Märchenbücher.

* Name geändert

Einmal unter der Kontrolle der Täter, sind die Mädchen und Jungen ihnen oft jahrelang ausgeliefert. Sie werden gegen ihren Willen festgehalten, geschlagen, gedemütigt. Die meisten müssen als Prostituierte arbeiten. Andere müssen schwere körperliche Arbeit verrichten, werden zum Betteln gezwungen oder zwangsverheiratet. Die Ausbeutung setzt sich oft im Erwachsenenalter fort – so eine Studie der Internationalen Organisation für Migration (IOM).

In vielen Ländern Osteuropas fehlen wirksame Kinderschutzsysteme, die präventiv eingreifen können. Bei Problemen zu Hause fehlt es an Anlaufstellen, die sich um gefährdete Kinder kümmern können – und oft schon an wichtigen Voraussetzungen, zum Beispiel einer Geburtsurkunde für jedes Kind. So ist es schwierig, Fällen von Vernachlässigung oder Gewalt rechtzeitig nachzugehen.

Besonders gefährdet sind Kinder, die in zerrütteten Familien oder ohne ihre Eltern in Heimen oder bei Verwandten bzw. Nachbarn aufwachsen. Aufgrund der wirtschaftlichen Misere haben zehntausende Eltern aus Ländern wie Moldawien, Bulgarien und Rumänien ihre Heimat verlassen und arbeiten im europäischen Ausland. Allein in Rumänien wachsen deshalb nach Schätzungen der Behörden rund 80.000 Kinder ohne Vater oder Mutter auf.

Schwierige Strafverfolgung – unzureichender Schutz der Opfer

Um Kinder- und Menschenhandel zu verhindern, braucht es wirksame Gesetze, eine konsequente, grenzübergreifende Strafverfolgung, intensive Aufklärung in den Herkunftsländern über die Gefahren und frühzeitige Hilfsangebote für bedrohte Kinder. Laut des UN-Büros gegen Drogenhandel und organisierte Kriminalität haben Strafverfolgung, Anklagen und Verurteilungen in den vergangenen Jahren weltweit zugenommen. Dennoch wird bisher nur eine kleine Zahl von Tätern zur Verantwortung gezogen. In der gesamten EU wurden 2010 lediglich 1.250 Täter wegen Menschenhandel verurteilt.

In Deutschland wurden laut des „Lagebild Menschenhandel“ des Bundeskriminalamtes in 2011 insgesamt 482 Verfahren im Bereich des „Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung“ abgeschlossen. Die Verfahren kamen in der Regel durch Polizeikontrollen zustande. Anzeigen von Opfern sind selten, weil sie Angst haben. Die meisten Tatverdächtigen waren deutscher Nationalität – gefolgt von Bulgaren, Rumänen und Türken.

ECPAT weist darauf hin, dass auch minderjährige Flüchtlinge immer öfter Opfer von Menschenhändlern ausgenutzt werden.

Die Mehrzahl der 640 Opfer war unter 21 Jahre alt (56 Prozent), 12 Prozent zwischen 14 und 17, 13 Opfer waren jünger als 14 Jahre. Das Bundeskriminalamt geht weiter von einem erheblichen Dunkelfeld aus. 94 Prozent der Opfer waren Mädchen und Frauen. 61 Prozent von ihnen kamen aus den Staaten Osteuropas – jedes vierte Opfer aus Rumänien. Die meisten wurden durch Täuschungen, Drohungen und auch offene Gewalt in die Prostitution gezwungen.

Eine wichtige Voraussetzung für wirksame Strafverfolgung sind die Aussagen der Opfer.

Oftmals wollen diese aber aus Angst oder Scham oder weil sie bedroht werden nicht mit der Polizei sprechen oder vor Gericht aussagen. Vielfach ziehen sie Zeugenaussagen wieder zurück. Sprachprobleme stellen eine zusätzliche Hürde dar.

Ein weltweites Problem ist die Kriminalisierung der Opfer von Kinder- und Menschenhandel im Zielland: Sie werden vorrangig unter dem Gesichtspunkt illegaler Einreise betrachtet und entsprechend verfolgt. Aufenthaltsrecht geht häufig vor Opferschutz. Einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW zum Umgang mit den Opfern von Menschenhandel zufolge ist der Opferschutz in Deutschland verbesserungswürdig und im europäischen Vergleich allenfalls mittelmäßig. In Europa sind Länder wie Italien, Schweden oder die Niederlande vorbildlich, weil sie sowohl Strafverfolgung, Opferschutz als auch Präventionspolitik gleich wichtig nehmen. Aus der Sicht von UNICEF sind Straffreiheit für die Opfer, Rechtsbeistand, Aufenthaltserlaubnisse, Unterkünfte, medizinische Versorgung und Unterstützung bei der Rückkehr in die Heimat wichtig.

So brauchen minderjährige Opfer besonderen Schutz und spezielle Hilfe. Diese Rechte der betroffenen Kinder und Jugendlichen müssen jederzeit sichergestellt werden – auch wenn sie möglicherweise nicht als Zeugen aussagen können. Hierzu bedarf es klarer Opferschutzrichtlinien. Schulungen und Fortbildungen für die Fachleute in Behörden und Beratungsstellen sind notwendig.

Die Opfer brauchen kompetente Anlaufpunkte, vertrauensvolle Beratung sowie psychologische und medizinische Hilfe. Sie müssen ihre Rechte kennen und dürfen durch die Androhung von Abschiebungen nicht zusätzlich verängstigt werden. Sie brauchen Zeit, um ihre traumatischen Erfahrungen zu überwinden.

3. Besonders gefährdete Kinder – das Beispiel Rumänien

Seit 2007 ist Rumänien Mitglied der Europäischen Union. Nach dem Sturz des Ceausescu-Regimes 1989 und dem Übergang zu Marktwirtschaft und Demokratie erlebte das Land ein rasantes Wirtschaftswachstum. In dieser Phase gab es auch deutliche Verbesserungen beim Kinderschutz. Seit dem Beginn der Turbulenzen auf den globalen Finanzmärkten ist Rumänien jedoch in eine ökonomische und soziale Krise gestürzt. UNICEF dokumentiert die Folgen für die Kinder:

- **Materielle Armut, besonders auf dem Land:** Die globale Finanzkrise hat Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zunichte gemacht. Familien in ländlichen Gebieten und aus Roma-Gemeinden leiden besonders unter Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen. Ein durchschnittlicher Angestelltenhaushalt hat gerade einmal 40 Euro im Monat für Nahrung zur Verfügung. Fast die Hälfte der Kinder in armen Haushalten geht einmal in der Woche oder mehrmals im Monat ohne Mahlzeit ins Bett. Besonders im sehr ländlichen Nordosten Rumäniens herrscht große Armut. Viele Kinder müssen in der Landwirtschaft oder zu Hause mitarbeiten.
- **Fehlende elterliche Fürsorge:** Etwa jedes zehnte Kind wächst in Verhältnissen auf, die seine Entwicklung gefährden. Nach offiziellen Angaben der Behörden leben 84.000 rumänische Kinder ohne einen oder beide Eltern, weil diese im Ausland arbeiten. Bestenfalls kehren die Eltern während der Ferien zurück. Doch durch die Wirtschaftskrise sind Unterstützungszahlungen von Rumänen im Ausland an ihre Familien zwischen 2007 und 2010 um die Hälfte zurückgegangen.
- **Weniger Sozialleistungen:** Die Sozialleistungen wurden seit der Wirtschaftskrise stark eingeschränkt. So weist Rumänien im EU-Vergleich die geringsten Aufwendungen pro Kind auf. Viele Gesundheitshelfer und Sozialarbeiter verlassen aufgrund massiver Budgetkürzungen das Land.
- **Diskriminierung von Roma-Kindern:** In Rumänien leben 500.000 Angehörige der Roma – mehr als in jeden anderen Land Europas. Ein überproportional großer Anteil von ihnen ist sehr arm. Die Arbeitslosigkeit bei Roma ist doppelt so hoch wie bei Rumänen. Viele Roma-Familien leben am Rande der Gesellschaft und leiden tagtäglich unter Ausgrenzung und Diskriminierung.
- **Mangelnde Schulbildung:** Mehr als 400.000 Kinder im schulpflichtigen Alter gehen nicht regelmäßig zur Schule. Die EU geht davon aus, dass in Rumänien 40 Prozent der 15-Jährigen in Rumänien nur über eine mangelhafte Schulbildung verfügen. Vier von fünf Kindern, die nicht zur Schule gehen, sind Angehörige der Roma.
- **Wachsender Drogenkonsum:** Seit 2010 hat sich die Zahl der Drogenabhängigen nach Angaben der Rumänischen Gesellschaft gegen Aids auf 250.000 verzehnfacht. Auslöser ist unter anderem eine massive Schwemme billiger synthetischer Drogen. Dabei sinkt das Alter der Drogennutzer – bereits Zehnjährige konsumieren harte Drogen.

Das Krisenzentrum „Drehscheibe“ in Wien

„Es geht um Kinderarbeit, wenn Kinder gezwungen werden, einzubrechen, zu stehlen oder zu betteln. Oder wenn sie gar zwangsprostituiert werden“, sagt Norbert Ceipek, Leiter des Wiener Krisenzentrums „Drehscheibe“. „Aber es geht ohne Zweifel auch um Handel mit Kindern.“

Ceipek kümmert sich um unbegleitete Minderjährige, die nach Österreich verschleppt und dort ausgebeutet werden. Meistens sind es 9- bis 13-Jährige, aus Rumänien vorwiegend Jungen, alle tragen Decknamen und müssen enorme Summen 'verdienen'. „Die Kinder sehen uns und die Polizei zunächst nicht als Helfer, sie schweigen oder sie fliehen gleich wieder. Wenn Mädchen sexuell ausgebeutet wurden, dann erfahren wir das nur selten. Dabei sind die Aussagen der Kinder sehr wichtig für unsere Arbeit.“

Je nachdem, wie lange die Kinder schon in Wien sind, verhalten sie sich unterschiedlich: „Diejenigen, die erst ein paar Tage hier sind, können noch aus dem Sog herausgeholt werden, sie sind aber stark verängstigt. Sind sie schon länger hier, wird es immer schwieriger, ihnen zu helfen.“ In der Drehscheibe versucht Norbert Ceipek zunächst, die richtigen Namen der Kinder herauszufinden, um sie so bald wie möglich in ihre Heimat zurückzubringen. Um sie rasch zu identifizieren, arbeitet er mit sogenannten Verbindungsbeamten der Polizei in den Herkunftsländern zusammen.

Doch damit die Kinder nicht gleich erneut verschleppt und ausgebeutet werden, müssen die Bedingungen im Herkunftsland verbessert werden. Ein erster Schritt dazu sind Krisenzentren, oftmals nach dem Vorbild der Drehscheibe. Seit 2005 hat Norbert Ceipek mit politischer Unterstützung aus Österreich geholfen, in Rumänien 48 Krisenzentren einzurichten. Mit Erfolg: Heute werden kaum mehr Kinder aus Rumänien nach Wien verschleppt. Allerdings mussten im Zuge der Finanzkrise viele dieser Einrichtungen ihre Arbeit wieder einstellen. „Das Problem kann nachhaltig einzig in den betroffenen Ländern gelöst werden“, sagt der Experte. „Und zwar durch Aufklärung, Prävention und die konsequente Strafverfolgung.“

Der soziale und wirtschaftliche Druck auf die Familien ist enorm – und wird von skrupellosen Menschen ausgenutzt. Bis 2002 war Rumänien vor allem ein Transitland für Kinder- und Menschenhandel aus Moldawien, der Ukraine und asiatischen Ländern. Nach Aussagen des US-Außenministeriums kam 2011 jedoch bereits knapp jedes fünfte Kinderhandelsopfer in Europa selbst von dort. Mit der Arbeitsmigration vieler Rumänen nach Westeuropa wurde Rumänien immer mehr auch zum Herkunftsland. Ab 2003 tauchten rumänische Opfer von Kinder- und Menschenhandel vor allem in Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien auf.

Die rumänischen Behörden identifizierten in 2010 offiziell 1.154 Opfer von Menschenhandel. Die meisten (74 Prozent) wurden im Ausland ausgebeutet – vor allem in Spanien, Italien, Tschechien, Zypern und Frankreich. 307 Kinder (vor allem Mädchen) wurden identifiziert, die verkauft und ausgebeutet wurden, die meisten sexuell (239). In der Mehrzahl der dokumentierten Fälle (217) wurden die Kinder in Rumänien selbst ausgebeutet. In Italien wurden 45 Kinder gefunden, in Spanien 20 und in Deutschland neun. Hinter diesen offiziell dokumentierten Fällen verbirgt sich vermutlich eine größere Dunkelziffer.

Prostitution ist in Rumänien zwar offiziell verboten. Auf den Straßen von Bukarest beispielsweise bieten aber viele Kinder und Jugendliche ihren Körper an. In Interviews erklären die jungen Prostituierten, dass sie alle regelmäßig auch im Ausland arbeiten – zum Beispiel in Spanien, Italien, Frankreich oder auch in Deutschland.

Viele dieser Mädchen werden zuerst durch einen männlichen Freund ausgenutzt. Weil sie in ihren Familien keine Liebe erfahren, machen sie, was diese so genannten „Loveboys“ wollen. Häufig bringen diese die Mädchen nach einiger Zeit ins Ausland und zwingen sie, sich dort zu prostituieren.

Eine Perspektive für Stela

Stela ist ein verlassenes Kind. Seitdem im Kreis Cara -Severin im Südwesten Rumäniens viele Industrieanlagen geschlossen wurden und die Armut um sich griff, arbeiten ihre Eltern in Italien. Viele Menschen hier haben sich Arbeit im Ausland gesucht. Für Kinder wie Stela und ihre sechs jüngeren Geschwister hieß das, dass sie von einem Tag auf den anderen keine Eltern mehr hatten. Nur Stelas ältere Schwester durfte mit nach Italien. Ihre Großeltern haben die Vormundschaft für die sieben Kinder übernommen.

Stela hätte verbittert werden können, sie könnte ihren Eltern böse sein, weil sie sie verlassen haben. Doch auf dem Gesicht der Zehnjährigen ist kein Zorn zu lesen. Stela lächelt sogar, wann immer sie kann. Sie scheint ihren Großeltern, Geschwistern und sogar ihren abwesenden Eltern sehr verbunden zu sein – und ihrem Lehrer Herr Marius. Er hat auf Stela offenbar so großen Eindruck gemacht, dass sie später selbst Lehrerin werden will. Herr Marius stammt aus ähnlich schwierigen Verhältnissen. Alle schätzen ihn für sein Engagement für die Kinder und ihre Familien.

Stela geht im Ort Boc a in die vierte Klasse. In ihrer Schule sind hauptsächlich Roma-Kinder so wie sie selbst. Viele Kinder hier besuchen nur unregelmäßig den Unterricht, viele brechen vorzeitig ab. Oftmals würden die Mädchen schon mit 13 verheiratet, die Jungen etwas später, erklärt die Schulleiterin. Dazu komme der niedrige Bildungsgrad der Eltern. Und schließlich habe die Wirtschaftskrise die Familien in noch größere Armut gestürzt. Im besten Fall gehen ihre Kinder die ersten Jahre zur Schule. Doch die weiterführenden Schulen in den Städten sind für sie kaum erreichbar.

Doch Stela will es schaffen. Sie fehlt nie in der Schule. Sie ist in allen Fächern unter den Klassenbesten. Vor allem kann sie sich sehr gut ausdrücken. Bei einem Vortragswettbewerb hat sie mit einem Gedicht kürzlich den ersten Preis gewonnen. Die UNICEF-Schulkampagne trägt erste Früchte: Nachdem Schulmediatoren die Familien, Gemeinden und die Schulen zusammen gebracht haben, kommen sehr viel mehr Kinder zum Unterricht. Um aber wirklich Lehrerin zu werden, wird Stela noch viel kämpfen müssen.

Politische Maßnahmen

Alle EU-Länder sind Vertragsstaaten der UN-Kinderrechtskonvention und haben sich damit zum Schutz von Kindern vor allen Formen von Gewalt und Ausbeutung verpflichtet. Viele Länder haben zudem nationale Aktionspläne zur Bekämpfung des Menschenhandels verabschiedet.

Im Zuge des EU-Beitritts hat Rumänien das Abkommen Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert. Es bezeichnet sexuelle Ausbeutung als schlimmste Form der Kinderarbeit. Im Jahr 2000 wurde in Rumänien ein an die europäische und internationale Gesetzgebung angelehntes Gesetz zur Prävention und Bekämpfung des Menschenhandels erlassen. 2011 beschlossen die EU-Staaten, Menschenhandel härter zu bestrafen und enger zu kooperieren. Das Strafmaß soll künftig in allen EU-Ländern zwischen fünf und zehn Jahren Gefängnis betragen. Bis April 2013 müssen alle EU-Länder diese Richtlinie in nationales Recht umsetzen.

Der Report der amerikanischen Regierung zu Menschenhandel 2012 hebt Fortschritte und Defizite der rumänischen Behörden im Kampf gegen diese Verbrechen hervor. So sei die Zahl der Strafverfolgungen europaweit mit am höchsten. Doch in Folge von Sparmaßnahmen seien zahlreiche Schutzeinrichtungen geschlossen worden. Auch sei der Zeugenschutz vielfach unzureichend.

4. UNICEF: Weltweit für besseren Kinderschutz

Kinder- und Menschenhandel sind Verbrechen, denen komplexe soziale und gesellschaftliche Probleme zugrunde liegen. UNICEF arbeitet in über 150 Ländern mit Regierungen sowie lokalen und internationalen Hilfsorganisationen zusammen, um diese Probleme anzugehen und die Rechte der Kinder und ihren Schutz umfassend zu stärken:

Kinderschutzsysteme verbessern: Statt isoliert an einzelnen Problemen zu arbeiten, hilft UNICEF bei der Entwicklung umfassender Ansätze. Dazu gehören rechtliche Reformen, verlässliche nationale Budgets und Strategien sowie Wirkungsbeobachtung aller Maßnahmen wie zum Beispiel Hilfs- und Beratungsangeboten insbesondere für die am stärksten gefährdeten Kinder. Am besten lässt sich dies im Rahmen nationaler Aktionspläne verwirklichen.

Einstellungswandel fördern: Häufig werden Missbrauch, Gewalt und Ausbeutung verdrängt, übersehen oder sogar geduldet. Wirksamer Kinderschutz setzt auch darauf, Einstellungen, Haltungen und Umgangsformen nach und nach im Dialog zu verändern.

Vernetzung und Kompetenzaufbau: UNICEF unterstützt die Vernetzung öffentlicher Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen und schult die Mitarbeiter, um gefährdete Kinder rechtzeitig zu identifizieren. Hauptziel ist es dabei, den vernachlässigten und ausgeschlossenen Kindern und Jugendlichen am Rand der Gesellschaft Rückhalt zu geben.

Politischer Einsatz für Kinderrechte: Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten brauchen Kinder ein verlässliches Lebensumfeld. UNICEF beobachtet ihre Situation systematisch und hilft, soziale und medizinische Dienste, Bildungsangebote sowie Schutzeinrichtungen zu stärken. Dazu gehört auch kontinuierliche politische Lobbyarbeit für Kinderrechte.

Neue Partnerschaften entwickeln: UNICEF setzt sich dafür ein, dass Regierungen, Wirtschaft sowie UN- und Nichtregierungsorganisationen und religiöse Gemeinschaften beim Kinderschutz enger zusammenarbeiten und ihre Verantwortung für Kinder wahrnehmen. UNICEF fördert die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die selbst aktiv für ihre Rechte eintreten.

5. UNICEF-Arbeit in Rumänien

Nach dem Ende der Ceausescu-Ära hat UNICEF seit 1991 zusammen mit seinen Partnern soziale Reformen in Rumänien unterstützt. So gelang es unter anderem, die katastrophalen Zustände in Heimen nach und nach zu verbessern. Angesichts der aktuellen Krise setzt UNICEF in Rumänien unter anderem folgende Schwerpunkte:

- **Aufbau eines Netzes von kommunalen Sozialarbeitern:** Um gefährdete Kinder frühzeitig zu unterstützen arbeitet UNICEF in über 100 Gemeinden mit Fachleuten und Behörden zusammen. Ziel ist es, familiennah zu helfen, den Kontakt von Müttern und Kindern zu stärken und zum Beispiel Heimunterbringungen möglichst zu verhindern. Sozialarbeiter unterstützen Kinder in Gemeinden mit hohem Roma-Anteil. Häufig gehören sie selbst zu dieser Minderheit.
- **Die UNICEF-Kampagne „Hai la școală!“ / „Auf in die Schule!“** soll verhindern, dass Kinder vorzeitig die Schule abbrechen. UNICEF bildet dazu Lehrer fort und verbessert Wissen um Traditionen und Kultur der Roma. Mediatoren halten den Kontakt zu den Familien und achten darauf, dass die Kinder regelmäßig zum Unterricht kommen. Bereits nach dem ersten Jahr gibt es gute Erfolge: 60 Prozent der Risiko-Kinder gingen weiter und regelmäßiger als bisher zur Schule.
- **Strukturen für benachteiligte Kinder:** UNICEF berät Ministerien und Behörden darin, benachteiligte Kinder besser zu fördern – zum Beispiel durch den Aufbau frühkindlicher Lern- und Betreuungsangebote. Auf Gemeindeebene hilft UNICEF, Dorfkomitees aus Fachleuten wie Sozialarbeitern, Schulmediatoren, Beratern und Gesundheitshelfern auszubilden. Die Teams tauschen regelmäßig ihre Erfahrungen aus und lernen so voneinander, die Angebote in ihren Gemeinden zu optimieren.

- **Hilfe für HIV-positive Kinder und Jugendliche:** Zusammen mit seinen Partnern unterstützt UNICEF Hilfsangebote für die soziale Eingliederung dieser Kinder und Jugendlichen und kämpft gegen deren Stigmatisierung.

Prävention stärken

Ein Interview mit Voica Pop, Kinderschutzexpertin von UNICEF in Rumänien

Wie schätzen Sie die Situation in Rumänien mit Blick auf Kinderhandel ein?

Kinderhandel ist ein sehr ernstzunehmendes Problem. Das tatsächliche Ausmaß ist nur schwer einzuschätzen. Kinderhandel wird meist in Verbindung mit sexueller Ausbeutung, und zwar ausschließlich im Ausland, gesehen. Doch wir müssen auf die Vorgeschichte schauen und die Ursachen im eigenen Land wahrnehmen. Kinderhandel beginnt immer innerhalb der Landesgrenzen. Organisiertes Verbrechen muss nicht von weit her kommen – die Täter können auch Familienangehörige sein.

Was sind Ihre größten Herausforderungen in der Kinderschutzarbeit?

Rumänien durchlebt nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Krise. Immer mehr Kinder sind aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Weil das Sozialsystem schwach ist, werden gefährdete Kinder oft nicht wahrgenommen – besonders auf dem Land. Dabei könnten meist Lösungen direkt in den Familien gefunden werden. Es ist erschreckend, wie oft Armut, Diskriminierung und zerrüttete Familien, gerade bei Roma-Kindern, zum Schulabbruch führen.

Materielle Armut ist nicht das alleinige Problem?

Richtig. Auch Kinder aus wohlhabenderen Familien leiden unter verschiedenen Entbehrungen, können besonders verletzlich sein. Auch Migration betrifft nicht nur die Ärmsten der Gesellschaft. Es geht nicht nur um Armut und Vernachlässigung, sondern auch um den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der Herkunft oder die gesellschaftliche Geringschätzung von Mädchen.

Was muss geschehen, damit sich die Situation ändert?

Wir brauchen einen sozialen Wandel. Doch grundlegende Verhaltensänderungen dauern zwei bis drei Generationen. Kinder werden immer noch zu schnell in Heime abgegeben, die Eltern verlassen sich zu sehr auf die staatliche Fürsorge. Solange Diskriminierung an der Tagesordnung ist, Gewalt gegen Kinder akzeptiert wird und Kinder kaum beteiligt werden, kann kein Wandel stattfinden. Dank des EU-Beitritts von Rumänien am 1. Januar 2007 haben Kinder auf der politischen Agenda zwar einen höheren Stellenwert. Man hat sich um Kinder gekümmert, die von ihren Familien getrennt waren oder Schulabbrecher. Doch wir dürfen es gar nicht erst so weit kommen lassen! Nur wenn wir Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung von Kindern nachhaltig vorbeugen, lassen sich Veränderungen durchsetzen. Dabei ist Prävention immer kostengünstiger als staatliche Fürsorge.

Was heißt das für UNICEF?

Wir unterstützen die Regierung dabei, das Angebot von sozialen Dienstleistungen, Gesundheitsdiensten sowie Bildungs- und Betreuungsangeboten systematisch zu erhöhen. Um Kinderhandel erfolgreich zu bekämpfen, müssen zum Beispiel genügend Sozialarbeiter ausgebildet werden. Es reicht nicht, nur Schulen zu bauen. Wir müssen auch dafür sorgen, dass alle Kinder Zugang dazu bekommen. Es reicht nicht, erst bei konkreten Verletzungen der Kinderrechte zu handeln. Deshalb unterstützen die UNICEF-Programme auch Schulen, lokale Behörden und Eltern, die Risiken von Menschenhandel zu erkennen und anzugehen.

„Operation Zucker“ – zum ARD-Film

Der ARD-Fernsehfilm „Operation Zucker“ schildert das schreckliche Schicksal von Kindern, die in die Hände von Menschenhändlern geraten. Das Mädchen Fee und ihr Freund Bran werden aus Rumänien verkauft und landen in einem Bordell in Berlin, wo sie von Pädophilen missbraucht werden. Der Film macht das Leid der Kinder und die Schwierigkeiten der Behörden sichtbar.

Die beiden Hauptdarsteller Nadja Uhl und Anatole Taubman reisten im Sommer 2012 mit UNICEF nach Rumänien, um sich über die Lebenssituation der Kinder und die tiefer liegenden Ursachen von Kinder- und Menschenhandel zu informieren.

In der Hauptstadt Bukarest und in der Provinz Buzau besuchten sie Familien und Kinder am Rande der Gesellschaft: Roma-Kinder, die vielfach weitgehend auf sich allein gestellt sind, Teenagemütter, Kinder und junge Mütter in einer Notaufnahmeeinrichtung, Mütter und Heranwachsende in einer Drogenambulanz, von denen sich viele prostituieren müssen. Sie sprachen mit Vertretern der Regierung, der lokalen Behörden und Sozialarbeitern in den Gemeinden. Die Leiterin einer Nichtregierungsorganisation, die sich um Opfer des Kinder- und Menschenhandels kümmert, berichtete über ihre Erfahrungen.

„Operation Zucker“ gibt nach Einschätzung von UNICEF einen authentischen Einblick in das Erleben von Kindern und Jugendlichen, die zum Objekt skrupelloser Geschäfte gemacht werden und systematischen, grausamen Missbrauch erleiden müssen.

Ausführliche Informationen und Fotos zu der Reise auf www.unicef.de

So können Sie helfen:

UNICEF-Spendenkonto 300.000

Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 205 00

Stichwort: Rumänien/Bildung